

Protokoll

zum Übereinkommen über den Bau und Betrieb

einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage

betreffend den Beitritt der

Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland

Die Regierungen

des Königreichs Dänemark,
der Bundesrepublik Deutschland,
der Französischen Republik,
der Hellenischen Republik,
der Italienischen Republik,
der Republik Polen,
der Russischen Föderation,
des Königreichs Schweden,
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
der Slowakischen Republik,
Ungarns,

im Folgenden als „bisherige Vertragsparteien“ bezeichnet,

die das Übereinkommen über den Bau und Betrieb einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage (im Folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) am 30. November 2009 in Hamburg und (im Fall der Regierung der Französischen Republik) am 4. Februar 2010 in Paris sowie das Protokoll zum Übereinkommen über den Bau und Betrieb einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage betreffend den Beitritt der Regierung des Königreichs Spanien am 6. Oktober 2011 in Berlin unterzeichnet haben,

einerseits

und

die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland

andererseits –

in Anbetracht der Tatsache, dass die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland die am 23. September 2004 in Berlin vereinbarte Absprache über die Vorbereitungsphase der Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage (*Memorandum of Understanding on the Preparatory Phase of the European X-Ray Free-Electron Laser Facility*) unterzeichnet hat;

in Anbetracht der Tatsache, dass sich Vertreter des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland an der nach dieser Absprache durchgeführten Vorbereitungsarbeit beteiligt haben;

in Anbetracht der Tatsache, dass die Regierungen, die das Übereinkommen unterzeichnet haben, in der Präambel des Übereinkommens die Erwartung zum Ausdruck brachten, dass sich andere Staaten an den Tätigkeiten beteiligen, die gemeinsam im Rahmen des Übereinkommens wahrgenommen werden;

in Anbetracht der Tatsache, dass der Rat der nach dem Übereinkommen errichteten Gesellschaft „European XFEL GmbH“ am 27. April 2017 einstimmig empfahl,

- dass der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland angeboten werden soll, dem Übereinkommen zu den gleichen Bedingungen wie die bisherigen Vertragsparteien beizutreten, und
- dass die Verpflichtung der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Leistung eines Beitrags von 26.241.142,- € (bezogen auf den Preisstand 2005) zu den Baukosten angenommen werden soll –

sind nach Artikel 14 Absatz 1 des Übereinkommens wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland tritt dem Übereinkommen als Vertragspartei bei. Sie tut dies zu den gleichen Bedingungen wie die bisherigen Vertragsparteien.

Artikel 2

Das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland leistet in Abweichung von Artikel 5 Absatz 3 des Übereinkommens einen Beitrag von 26.241.142,- € (bezogen auf den Preisstand von 2005) zu den Baukosten.

Artikel 3

Dieses Protokoll tritt am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft, nachdem alle in der Präambel dieses Protokolls genannten Regierungen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland als Verwahrer des Übereinkommens notifiziert haben, dass das innerstaatliche Genehmigungsverfahren für dieses Protokoll abgeschlossen ist.

Die in der Präambel dieses Protokolls genannten Regierungen vereinbaren, dass das Protokoll ab dem 19. März 2018 vorläufig angewendet wird, wobei davon ausgegangen wird, dass das Inkrafttreten des Protokolls von der Einhaltung geeigneter verfassungsrechtlicher Verfahren in jedem Vertrags- und Unterzeichnerstaat und dem Inkrafttreten des Übereinkommens vom 30. November 2009 über den Bau und Betrieb einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage abhängt.

Artikel 4

Die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland stimmt der am 30. November 2009 in Hamburg unterzeichneten Schlussakte der Bevollmächtigtenkonferenz zur Errichtung einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage zu.

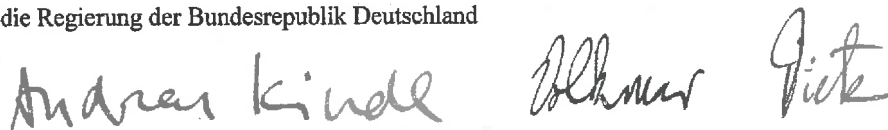
Die zur Unterzeichnung dieses Protokolls zusammengetretene Bevollmächtigtenkonferenz nahm die diesem Protokoll beigefügte Erklärung der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Kenntnis.

Geschehen zu Berlin am 19. März 2018 in deutscher, englischer, französischer, italienischer und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt wird; diese übermittelt den Regierungen, die dieses Protokoll unterzeichnet haben, und den Regierungen, die Vertragsparteien des Übereinkommens werden, eine beglaubigte Abschrift.

Für die Regierung des Königreichs Dänemark



Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland



Für die Regierung der Französischen Republik



Für die Regierung der Hellenischen Republik



Für die Regierung der Italienischen Republik



Für die Regierung der Republik Polen



Für die Regierung der Russischen Föderation



25.10.2018

Für die Regierung des Königreichs Schweden



Für die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft



Für die Regierung der Slowakischen Republik

Peter Heger 27.04.2018

Für die Regierung Ungarns



Für die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland



ERKLÄRUNG DER REGIERUNG DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS
GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

DIE KONFERENZ

NIMMT die Erklärung der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland ZUR KENNTNIS, die wie folgt lautet:

Das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland ist bereit, als Teilnehmerstaat zur Errichtung und Nutzung der Europäischen XFEL-Anlage beizutragen. Nach Unterzeichnung des Protokolls zum Übereinkommen über den Bau und Betrieb einer Europäischen Freielektronen-Röntgenlaseranlage betreffend den Beitritt der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland werden sich die Verpflichtungen des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland jedoch wie folgt darstellen:

1. Diese Erklärung ersetzt jede vorangegangene Erklärung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland („Vereinigtes Königreich“).
2. Der Beitrag des Vereinigten Königreichs zu den Baukosten von XFEL übersteigt nicht den in diesem Protokoll zum Übereinkommen angegebene Betrag, und der Beitrag des Vereinigten Königreichs zu den Betriebskosten vor seiner ersten Prüfung übersteigt nicht 3,3 Mio. € jährlich.
3. Das Vereinigte Königreich wird sich nach Artikel 15 des Übereinkommens an XFEL beteiligen. Ungeachtet dessen wird das Vereinigte Königreich seine aktive Teilnahme und seinen jährlichen Beitrag überprüfen und hat die Möglichkeit, wenn es dies nach dieser Prüfung wünscht, die Beteiligung ohne Sanktionen zum 31. März 2020 unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr schriftlich zu beenden. Im Fall einer deutlich übermäßigen Nutzung der Europäischen XFEL-Anlage durch die Wissenschaftsgemeinde des Vereinigten Königreichs (gemessen am Beitrag des

Vereinigten Königreichs zu den Betriebskosten) in den drei Jahren vor der Beendigung der Beteiligung des Vereinigten Königreichs wird allerdings eine Vereinbarung über eine angemessene Entschädigungszahlung geschlossen.

4. Ergibt sich aus der ersten Prüfung des Vereinigten Königreichs eine Empfehlung für die Fortführung der Beteiligung an dem Projekt, so wird das Vereinigte Königreich seine volle Stilllegungsverpflichtung aufgrund des Übereinkommens übernehmen. Sollte sich das Vereinigte Königreich nach seiner ersten Prüfung für eine Beendigung der Beteiligung entscheiden, so wird es fünfzig Prozent seines Anteils an den Stilllegungskosten aufgrund des Übereinkommens übernehmen.
5. Der Artikel 24 des Gesellschaftsvertrags (Anlage zum Übereinkommen) mit dem Titel „Vertraulichkeit“ soll zur Erfüllung der Anforderungen des Gesetzes über die Informationsfreiheit von 2000 (Freedom of Information Act 2000) des Vereinigten Königreichs wie folgt ausgelegt werden: Der Gesellschafter des Vereinigten Königreichs in der European XFEL GmbH verstößt nicht gegen Artikel 24, (i) wenn er zur Beantwortung einer einschlägigen Anfrage aufgrund des Gesetzes über die Informationsfreiheit von 2000 gezwungen ist, vertrauliche Informationen weiterzugeben, (ii) wenn nach Abstimmung mit der European XFEL GmbH keine der Ausnahmen dieses Gesetzes auf die erbetenen vertraulichen Information zutrifft und (iii) wenn eine Verweigerung der Weitergabe der erbetenen Informationen dazu führen würde, dass die als Gesellschafter des Vereinigten Königreichs fungierende Stelle des Vereinigten Königreichs gegen das Gesetz über die Informationsfreiheit von 2000 verstößt.
6. Bei einer Kollision von Bestimmungen der verschiedenen Dokumente, die sich auf die Beteiligung des Vereinigten Königreichs an XFEL beziehen, gilt folgende Rangfolge: 1. diese Erklärung, 2. das Protokoll zum Übereinkommen über den Bau und Betrieb einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage betreffend den Beitritt der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, 3. das Übereinkommen, 4. der Gesellschaftsvertrag der European XFEL GmbH.

Protocol

to the Convention concerning the Construction and Operation

of a European X-Ray Free-Electron Laser Facility

on the Accession of the

Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

The Governments of

the Kingdom of Denmark,
the French Republic,
the Federal Republic of Germany,
the Hellenic Republic,
Hungary,
the Republic of Italy,
the Republic of Poland,
the Russian Federation,
the Slovak Republic,
the Kingdom of Sweden,
the Swiss Confederation,

Hereinafter referred to as “the previous Contracting Parties”,

Having signed the Convention concerning the Construction and Operation of a European X-Ray Free-Electron Laser Facility (hereinafter “Convention”) on 30 November 2009 in Hamburg and (Government of the French Republic) on 4 February 2010 in Paris, and the Protocol to the Convention concerning the Construction and Operation of a European X-Ray Free-Electron Laser Facility on the Accession of the Government of the Kingdom of Spain on 6 October 2011 in Berlin,

on the one hand,

and

the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland,

on the other hand,

Whereas the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland signed the Memorandum of Understanding on the Preparatory Phase of the European X-Ray Free-Electron Laser Facility agreed in Berlin on 23 September 2004;

Whereas representatives of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland participated in the preparatory work carried out under that Memorandum of Understanding;

Whereas the Governments, having signed the Convention, expressed in the Convention's preamble the expectation that other countries participate in the activities undertaken together under the Convention;

Whereas the Council of the European XFEL GmbH, said company having been established in accordance with the Convention, on 27 April 2017, recommended unanimously that

- the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland should be offered to accede to the Convention under the same conditions as the previous Contracting Parties, and
- the commitment of the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to contribute 26 241 142 € (referring to 2005 prices) towards the construction costs should be accepted;

Have agreed in accordance with Article 14 (1) of the Convention as follows:

Article 1

The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland accedes to the Convention as a Contracting Party. It does so under the same conditions as the previous Contracting Parties.

Article 2

In derogation from Article 5 (3) of the Convention, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland contributes 26 241 142 € (referring to 2005 prices) towards construction costs.

Article 3

This Protocol shall enter into force on the first day of the second month after all Governments stated in the preamble to this Protocol have notified the Government of the Federal Republic of Germany as depositary of the Convention that the national approval process for this Protocol has been completed.

The Governments stated in the preamble to this Protocol agree that from 19 March 2018 onwards the clauses of the Protocol be applied provisionally, it being understood that the entry into force of the Protocol is subject to the fulfilment of appropriate constitutional procedures in each of the Contracting and Signatory States and the entry into force of the Convention of 30 November 2009 concerning the Construction and Operation of a European X-Ray Free-Electron Laser Facility.

Article 4

The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland agrees with the provisions in the Final Act of the Conference of Plenipotentiaries for the Establishment of a European X-Ray Free-Electron Laser Facility, signed in Hamburg on 30 November 2009.

The Conference of Plenipotentiaries assembled for signing this Protocol took note of the Declaration of the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland attached to this Protocol.

Done at Berlin this 19 March 2018 in the English, French, German, Italian and Russian languages, all texts being equally authentic, in a single original, which shall be deposited in the archives of the Government of the Federal Republic of Germany, which shall transmit a certified true copy to the Governments having signed this Protocol and to the Governments that become Contracting Parties to the Convention.

For the Government of the Kingdom of Denmark



For the Government of the French Republic

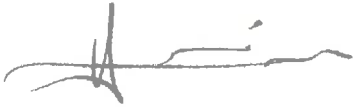


For the Government of the Federal Republic of Germany

Andreas Kinkel

Volker Pitz

For the Government of the Hellenic Republic



For the Government of Hungary



For the Government of the Republic of Italy

Filippo De Marco

For the Government of the Republic of Poland

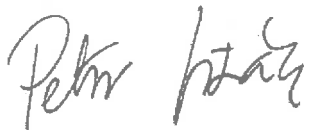


For the Government of the Russian Federation



25.10.2018

For the Government of the Slovak Republic



27.04.2018

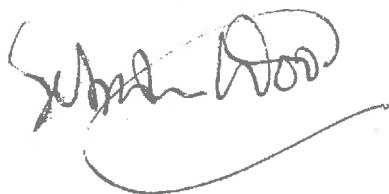
For the Government of the Kingdom of Sweden



For the Government of the Swiss Confederation



For the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland



DECLARATION OF THE GOVERNMENT OF THE UNITED KINGDOM OF GREAT
BRITAIN AND NORTHERN IRELAND

THE CONFERENCE

TAKES NOTE OF the Declaration of the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, which reads as follows:

The United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland is willing to contribute as a participating state to the establishment and utilisation of the European XFEL Facility. Nevertheless, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland's obligations on signing the Protocol to the Convention concerning the Construction and Operation of a European X-Ray Free-Electron Laser Facility on the Accession of the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland shall be as follows:

1. This Declaration shall replace any previous Declaration of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland (the 'UK').
2. The UK's contribution to construction costs of the XFEL shall not exceed the amount set out in this Protocol to the Convention and the UK's contribution to operating costs prior to its first review shall not exceed 3.3 M€ per year.
3. The UK will participate in XFEL in accordance with Article 15 of the Convention. Nonetheless, the UK will review its active participation and annual contribution and shall have the option, should it wish to do so following that review, to withdraw without penalty on 31 March 2020 after giving one year's written notice. However, in case of a significant overuse of the European XFEL Facility by the UK scientific community (compared to the UK share in the operating budget) in the three years preceding UK withdrawal, an agreement on an adequate compensation shall be concluded.

4. In the event that the UK's first review recommends continued participation in the project, the UK will accept its full decommissioning liability under the Convention. Should the UK decide to withdraw from participation following its first review, it will accept liability of fifty percent of its share of the decommissioning costs under the Convention.

5. Article 24 on Confidentiality in the Articles of Association (Annex to the Convention) should be interpreted as follows in order to meet the requirements of the UK's Freedom of Information Act 2000: the UK's shareholder in European XFEL GmbH will not breach Article 24 in circumstances where (i) it is compelled to disclose confidential information in response to a relevant request under the Freedom of Information Act 2000, (ii) following consultation with the European XFEL GmbH, none of the exceptions to that Act can be applied to the requested confidential information and (iii) to refuse to disclose the information requested would result in a breach of the Freedom of Information Act 2000 by the UK authority serving as the UK's shareholder.

6. In the event of a conflict of terms of the various documentation relating to the UK's participation in XFEL, the following order of precedence shall apply:
 1. This Declaration,
 2. Protocol to the Convention concerning the Construction and Operation of a European X-Ray Free-Electron Laser Facility on the Accession of the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland,
 3. The Convention,
 4. The Articles of Association of the European XFEL GmbH.

Protocole

à la Convention relative à la construction et à l'exploitation

d'un laser européen à électrons libres dans le domaine des rayons X

sur l'adhésion du

Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord

Les Gouvernements

de la République fédérale d'Allemagne,
du Royaume du Danemark,
de la République française,
de la République hellénique,
de Hongrie,
de la République italienne,
de la République de Pologne,
de la Fédération de Russie,
de la République slovaque,
du Royaume de Suède,
de la Confédération suisse,

ci-après dénommés les « Parties contractantes actuelles »,

qui ont signé la Convention relative à la construction et à l'exploitation d'un laser européen à électrons libres dans le domaine des rayons X (ci-après dénommée la « Convention ») à Hambourg le 30 novembre 2009 et (pour le Gouvernement de la République française) à Paris le 4 février 2010, et le Protocole à la Convention relative à la construction et à l'exploitation d'un laser européen à électrons libres dans le domaine des rayons X sur l'adhésion du Gouvernement du Royaume d'Espagne à Berlin le 6 octobre 2011,

d'une part,

et

le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord,

d'autre part,

Attendu que le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord a signé le Mémorandum d'entente relatif à la phase préparatoire du laser européen à électrons libres dans le domaine des rayons X (*Memorandum of Understanding on the Preparatory Phase of the European X-Ray Free-Electron Laser Facility*) adopté à Berlin le 23 septembre 2004,

Attendu que des représentants du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord ont participé aux travaux préparatoires réalisés conformément audit Mémorandum d'entente,

Attendu que les Gouvernements signataires de la Convention ont exprimé dans le Préambule de la Convention l'espoir que d'autres pays participeraient aux activités qu'ils se proposent d'entreprendre ensemble dans le cadre de la Convention,

Attendu qu'à la date du 27 avril 2017, le Conseil de la Société « European XFEL GmbH » créée conformément à la Convention a recommandé unanimement

- qu'il soit proposé au Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord d'adhérer à la Convention dans les mêmes conditions que les Parties contractantes actuelles, et
- que soit accepté l'engagement du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord de contribuer à hauteur de 26 241 142 € (en valeur 2005) aux coûts de construction,

Sont convenus de ce qui suit conformément au paragraphe 1 de l'article 14 de la Convention :

Article 1^{er}

Le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord adhère à la Convention en tant que Partie contractante. Ce faisant, il jouit des mêmes conditions que les Parties contractantes actuelles.

Article 2

Par dérogation aux dispositions du paragraphe 3 de l'article 5 de la Convention, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord contribue aux coûts de construction à hauteur de 26 241 142 € (en valeur 2005).

Article 3

Le présent Protocole entre en vigueur le premier jour du deuxième mois après que tous les Gouvernements énoncés dans le Préambule du présent Protocole ont notifié au Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, dépositaire de la Convention, l'accomplissement des procédures internes requises pour l'approbation du présent Protocole.

Les Gouvernements énoncés dans le Préambule du présent Protocole conviennent qu'à compter du 19 mars 2018, les clauses du Protocole s'appliquent à titre provisoire, étant entendu que l'entrée en vigueur du Protocole est soumise à l'accomplissement des procédures constitutionnelles requises dans chacun des États contractants et signataires et à l'entrée en vigueur de la Convention du 30 novembre 2009 relative à la construction et à l'exploitation d'un laser européen à électrons libres dans le domaine des rayons X.

Article 4

Le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord approuve l'Acte final de la Conférence des plénipotentiaires pour l'établissement d'un laser européen à électrons libres dans le domaine des rayons X signé à Hambourg le 30 novembre 2009.

La Conférence des plénipotentiaires réunie pour la signature du présent Protocole a pris note de la Déclaration du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord jointe au présent Protocole.

Fait à Berlin, le 19 mars 2018, en langues allemande, anglaise, française, italienne et russe, tous les textes faisant également foi, en un original unique déposé aux archives du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, lequel en remettra une copie certifiée aux Gouvernements signataires du présent Protocole et aux Gouvernements devenant Parties contractantes à la Convention.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne

Andreas Kindel

Volker Diez

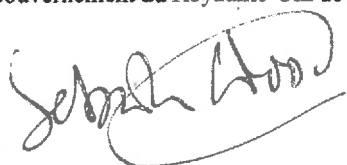
Pour le Gouvernement du Royaume du Danemark

Catherine Madsen

Pour le Gouvernement de la République française



Pour le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord



Pour le Gouvernement de la République hellénique



Pour le Gouvernement de Hongrie



Pour le Gouvernement de la République italienne



Pour le Gouvernement de la République de Pologne

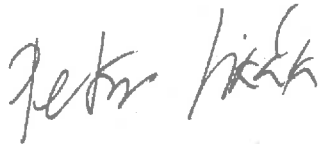


Pour le Gouvernement de la Fédération de Russie



25.10.2018

Pour le Gouvernement de la République slovaque



27.04.2018

Pour le Gouvernement du Royaume de Suède



Pour le Gouvernement de la Confédération suisse



DÉCLARATION DU GOUVERNEMENT DU ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE
ET D'IRLANDE DU NORD

LA CONFÉRENCE

PREND NOTE de la Déclaration du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, dont la teneur est la suivante :

Le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord a la volonté de contribuer à l'établissement et à l'exploitation de l'Installation européenne XFEL en tant qu'État participant. Néanmoins, les obligations du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord résultant de la signature du Protocole à la Convention relative à la construction et à l'exploitation d'un laser européen à électrons libres dans le domaine des rayons X sur l'adhésion du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord seront les suivantes :

1. La présente Déclaration se substitue à toute déclaration antérieure du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord (ci-après dénommé le « Royaume-Uni »).
2. La contribution du Royaume-Uni aux coûts de construction du XFEL n'excédera pas le montant énoncé dans le présent Protocole à la Convention, et la contribution du Royaume-Uni aux coûts d'exploitation avant sa première évaluation n'excédera pas 3 300 000 € par an.
3. Le Royaume-Uni participera au XFEL conformément à l'article 15 de la Convention. Néanmoins, le Royaume-Uni évaluera la poursuite de sa participation active et de sa contribution annuelle et aura la possibilité, s'il en décide ainsi sur la base de ladite évaluation, de se retirer sans sanction le 31 mars 2020 moyennant un préavis écrit d'un an. Toutefois, en cas de surutilisation importante de l'Installation européenne XFEL par la communauté scientifique du Royaume-Uni (par comparaison avec la part du Royaume-

Uni dans le budget d'exploitation) dans les trois années précédant le retrait du Royaume-Uni, il sera conclu un accord relatif à une compensation appropriée.

4. Au cas où la première évaluation du Royaume-Uni aboutit à la recommandation de poursuivre la participation au projet, le Royaume-Uni assumera intégralement sa part des coûts de démantèlement prévus par la Convention. Si le Royaume-Uni décide de mettre fin à sa participation après sa première évaluation, il assumera la responsabilité de 50 % de sa part des coûts de démantèlement prévus par la Convention.
5. L'article 24 des Statuts (Annexe à la Convention) relatif à la confidentialité est interprété ainsi qu'il suit, afin de respecter les dispositions de la loi de 2000 du Royaume-Uni relative à la liberté de l'information (*Freedom of Information Act 2000*) : l'Associé du Royaume-Uni au sein de la Société « European XFEL GmbH » n'enfreindra pas l'article 24 dans les situations où (i) il est tenu de divulguer des informations confidentielles en réponse à une demande en ce sens en vertu de la loi de 2000 relative à la liberté de l'information, (ii) après concertation avec la Société « European XFEL GmbH », aucune des exceptions à ladite loi ne peut s'appliquer aux informations confidentielles demandées et (iii) le refus de divulguer les informations demandées aboutirait à une violation de la loi de 2000 relative à la liberté de l'information par l'entité représentant le Royaume-Uni en tant qu'Associé.
6. En cas de conflit entre les clauses des divers documents relatifs à la participation du Royaume-Uni au XFEL, l'ordre de priorité applicable sera le suivant : 1. la présente Déclaration, 2. le Protocole à la Convention relative à la construction et à l'exploitation d'un laser européen à électrons libres dans le domaine des rayons X sur l'adhésion du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, 3. la Convention, 4. les Statuts de la Société « European XFEL GmbH ».

Protocollo

**alla Convenzione relativa alla costruzione e all'esercizio
di**

un Impianto laser europeo a elettroni liberi a raggi X

riguardante l'adesione del

Governo del Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord

I Governi

del Regno di Danimarca,
della Repubblica Ellenica,
della Repubblica Francese,
della Repubblica Federale di Germania,
della Repubblica Italiana,
della Repubblica di Polonia,
della Federazione Russa,
della Repubblica Slovacca,
del Regno di Svezia,
della Confederazione Svizzera,
dell'Ungheria,

di seguito denominati "precedenti Parti contraenti",

che hanno firmato la Convenzione relativa alla costruzione e all'esercizio di un Impianto laser europeo a elettroni liberi a raggi X (di seguito denominata "Convenzione") il 30 novembre 2009 ad Amburgo e (nel caso del Governo della Repubblica Francese) il 4 febbraio 2010 a Parigi, e il Protocollo alla Convenzione relativa alla costruzione e all'esercizio di un Impianto laser europeo a elettroni liberi a raggi X riguardante l'adesione del Governo del Regno di Spagna il 6 ottobre 2011 a Berlino,

da una parte,

e

il Governo del Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord,

dall'altra,

prendendo atto che il Governo del Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord ha firmato il Protocollo d'intesa concernente la fase preparatoria dell'Impianto laser europeo a elettroni liberi a raggi X (*Memorandum of Understanding on the Preparatory Phase of the European X-Ray Free-Electron Laser Facility*), stipulato a Berlino il 23 settembre 2004;

prendendo atto che i rappresentanti del Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord hanno partecipato ai lavori preparatori oggetto del Protocollo d'intesa;

prendendo atto che i Governi che hanno firmato la Convenzione nel preambolo della stessa hanno espresso l'auspicio che altri Stati partecipino alle attività comuni oggetto della Convenzione;

prendendo atto che il 27 aprile 2017 l'assemblea della società European XFEL GmbH, costituita ai sensi della Convenzione, ha raccomandato all'unanimità

- che venisse offerto al Governo del Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord di aderire alla Convenzione alle stesse condizioni concesse alle precedenti Parti contraenti e
- di accettare l'impegno del Governo del Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord di contribuire ai costi di costruzione con un importo pari a € 26 241.142 (prezzi di riferimento del 2005);

conformemente all'articolo 14 comma 1 della Convenzione hanno convenuto quanto segue:

Articolo 1

Il Governo del Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord aderisce alla Convenzione in qualità di Parte contraente. L'adesione avviene alle stesse condizioni concesse alle precedenti Parti contraenti.

Articolo 2

In deroga all'articolo 5 comma 3 della Convenzione, il Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord contribuisce ai costi di costruzione con un importo pari a € 26 241 142 (prezzi di riferimento del 2005).

Articolo 3

Il presente Protocollo entrerà in vigore il primo giorno del secondo mese successivo all'avvenuta notifica al Governo della Repubblica Federale di Germania, depositaria della presente Convenzione, della conclusione della procedura nazionale di approvazione del presente Protocollo da parte di tutti i Governi citati nel preambolo del presente Protocollo.

I Governi citati nel preambolo del presente Protocollo convengono che a partire dal 19 marzo 2018 le clausole del Protocollo siano applicate in via provvisoria, fermo restando che l'entrata in vigore del Protocollo è soggetta all'espletamento delle pertinenti procedure costituzionali in ognuno degli Stati contraenti e firmatari nonché all'entrata in vigore della Convenzione del 30 novembre 2009, concernente la costruzione e l'esercizio di un Impianto laser europeo a elettroni liberi a raggi X.

Articolo 4

Il Governo del Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord approva le disposizioni contenute nell'Atto finale della Conferenza dei Plenipotenziari per la realizzazione di un impianto laser europeo a elettroni liberi a raggi X, firmato ad Amburgo il 30 novembre 2009.

La Conferenza dei Plenipotenziari, riunitasi per la firma del presente Protocollo, ha preso atto dell'allegata Dichiarazione del Governo del Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord.

Fatto a Berlino il 19 marzo 2018 nelle lingue francese, inglese, italiana, russa e tedesca, tutti i testi facenti egualmente fede, in un unico esemplare originale depositato presso gli archivi del Governo della Repubblica Federale di Germania, il quale ne trasmetterà copia conforme a tutti i Governi firmatari del presente Protocollo nonché ai Governi che diventano Parti contraenti della Convenzione.

Per il Governo del Regno di Danimarca



Per il Governo della Repubblica Ellenica



Per il Governo della Repubblica Francese



Per il Governo della Repubblica Federale di Germania



Per il Governo della Repubblica Italiana



Per il Governo della Repubblica di Polonia

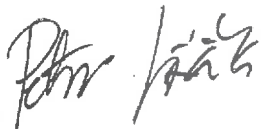


Per il Governo della Federazione Russa



25.10.2018

Per il Governo della Repubblica Slovacca



27.04.2018

Per il Governo del Regno di Svezia

A handwritten signature in black ink, appearing to be a stylized name, possibly "P. J. P.", written in a cursive style.

Per il Governo della Confederazione Svizzera

A handwritten signature in black ink, appearing to be a stylized name, possibly "P. J. P.", written in a cursive style.

Per il Governo dell'Ungheria

A handwritten signature in black ink, appearing to be a stylized name, possibly "P. J. P.", written in a cursive style.

Per il Governo del Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord

A handwritten signature in black ink, appearing to be a stylized name, possibly "P. J. P.", written in a cursive style.

DICHIARAZIONE DEL GOVERNO DEL REGNO UNITO DI
GRAN BRETAGNA E IRLANDA DEL NORD

LA CONFERENZA

PRENDE ATTO della Dichiarazione del Governo del Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord così formulata:

In qualità di Stato partecipante, il Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord intende contribuire alla realizzazione e all'utilizzo dell'Impianto europeo XFEL. Tuttavia, firmando il Protocollo di adesione alla Convenzione relativa alla costruzione e all'esercizio di un Impianto laser europeo a elettroni liberi a raggi X, il Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord contrae i seguenti obblighi:

1. La presente Dichiarazione sostituirà qualsiasi Dichiarazione precedente del Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord ("UK").
2. Il contributo dell'UK ai costi di costruzione dell'Impianto XFEL non dovrà superare l'importo fissato nel presente Protocollo alla Convenzione e il contributo dell'UK ai costi di esercizio antecedenti il suo primo riesame non dovrà superare i 3,3 milioni di euro all'anno.
3. L'UK parteciperà all'XFEL in conformità con l'articolo 15 della Convenzione. Ciononostante, l'UK riesaminerà la sua partecipazione attiva e il suo contributo annuale e, a seguito di tale riesame, potrà esercitare il diritto di recesso il 31 marzo 2020, senza incorrere in penali, dopo averne dato disdetta scritta con un anno di preavviso. Comunque, in caso di uso significativamente eccessivo dell'impianto europeo XFEL da parte della comunità scientifica dell'UK (in rapporto alla quota UK nell'ambito del budget di esercizio) nei tre anni precedenti il ritiro dell'UK, si stipulerà un accordo su

un'adeguata compensazione.

4. Nel caso in cui il primo riesame dell'UK raccomandi la continuazione della partecipazione al progetto, l'UK adempirà integralmente agli oneri di dismissione ai sensi della Convenzione. Qualora, invece, l'UK decida di ritirare la partecipazione in seguito al suo primo riesame, corrisponderà il cinquanta per cento della sua quota sui costi di dismissione come previsto dalla Convenzione.
5. L'articolo 24 sulla riservatezza dello Statuto (Allegato alla Convenzione) va interpretato come segue al fine di soddisfare i requisiti del Freedom of Information Act del 2000 dell'UK: il socio UK della società European XFEL GmbH non violerà l'articolo 24 nel caso in cui (i) sia costretto a rivelare informazioni riservate in risposta ad una richiesta ai sensi del Freedom of Information Act del 2000, (ii) non siano, in seguito a consultazioni con l'European XFEL GmbH, applicabili le eccezioni previste da tale legge rispetto all'informazione riservata richiesta e (iii) un rifiuto di rivelare l'informazione richiesta comporti una violazione del Freedom of Information Act 2000 da parte dell'autorità dell'UK che funge da socio UK.
6. Nel caso di conflitto tra le clausole contenute nei documenti relativi alla partecipazione dell'UK all'XFEL, sarà applicato il seguente ordine di precedenza: 1. la presente Dichiarazione, 2. il Protocollo alla Convenzione relativa alla costruzione e all'esercizio di un Impianto laser europeo a elettroni liberi a raggi X, riguardante l'adesione del Governo del Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord, 3. la Convenzione, 4. lo Statuto di European XFEL GmbH.

Протокол

к Конвенции о строительстве и эксплуатации

Установки Европейского рентгеновского лазера на свободных электронах

относительно присоединения к ней

Правительства Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии

Правительства

Венгрии,
Федеративной Республики Германия,
Греческой Республики,
Королевства Дания,
Итальянской Республики,
Республики Польша,
Российской Федерации,
Словацкой Республики,
Французской Республики,
Швейцарской Конфедерации,
Королевства Швеция,

далее именуемые «прежние Договаривающиеся Стороны»,

подписавшие 30 ноября 2009 г. в г. Гамбурге и (в случае Правительства Французской Республики) 4 февраля 2010 г. в Париже Конвенцию о строительстве и эксплуатации Установки Европейского рентгеновского лазера на свободных электронах (далее именуемую «Конвенция») и 6 октября 2001 г. в г. Берлине Протокол к Конвенции относительно присоединения к ней Правительства Королевства Испания,

с одной стороны,

и

Правительство Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии,

с другой стороны,

учитывая, что Правительство Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии подписало Меморандум о взаимопонимании о подготовительном этапе создания Установки Европейского рентгеновского лазера на свободных электронах (*Memorandum of Understanding on the Preparatory Phase of the European X-Ray Free-Electron Laser Facility*), согласованный 23 сентября 2004 г. в г. Берлине,

учитывая, что представители Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии участвовали в подготовительных работах, проведенных в соответствии с данным Меморандумом о взаимопонимании,

учитывая, что Правительства, подписавшие Конвенцию, в преамбуле Конвенции выразили ожидание, что и другие государства примут участие в совместной деятельности, осуществляемой в соответствии с Конвенцией,

учитывая, что Собрание компании «European XFEL GmbH», учрежденной в соответствии с Конвенцией, 27 апреля 2017 г. единогласно рекомендовало,

- что Правительству Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии следовало бы предложить присоединиться к Конвенции на тех же условиях, что и прежние Договаривающиеся Стороны и
- что обязательство Правительства Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии по внесению вклада в размере 26 241 142 ЕВРО (в ценах 2005 года) в расходы на строительство должно быть принято,

в соответствии с положениями параграфа 1 статьи 14 Конвенции договорились о нижеследующем:

Статья 1

Правительство Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии присоединяется к Конвенции в качестве Договаривающейся Стороны. Оно присоединяется на тех же условиях, что и прежние Договаривающиеся Стороны.

Статья 2

В отступление от положений параграфа 3 статьи 5 Конвенции Соединенное Королевство Великобритании и Северной Ирландии внесет вклад в расходы на строительство в размере 26 241 142 ЕВРО (в ценах 2005 года).

Статья 3

Настоящий Протокол вступает в силу в первый день второго месяца после того, как все Правительства, названные в преамбуле к настоящему Протоколу, уведомят Правительство Федеративной Республики Германия как депозитария Конвенции о выполнении внутригосударственных процедур, необходимых для утверждения настоящего Протокола.

Правительства, названные в преамбуле к настоящему Протоколу, соглашаются с тем, что, начиная с 19 марта 2018 г. положения Протокола будут применяться временно, с пониманием того, что условиями вступления Протокола в силу являются выполнение соответствующих конституционных процедур в каждом государстве, подписавшем настоящий Протокол в качестве Договаривающейся стороны, и вступление в силу подписанной 30 ноября 2009 г. Конвенции о строительстве и эксплуатации Европейского рентгеновского лазера на свободных электронах.

Статья 4

Правительство Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии соглашается с положениями подписанного 30 ноября 2009 года в г. Гамбурге Заключительного акта Конференции полномочных представителей по созданию Установки Европейского рентгеновского лазера на свободных электронах.

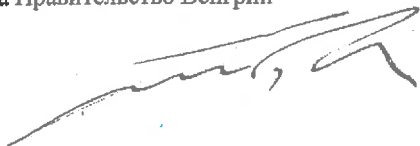
Собравшаяся с целью подписания настоящего Протокола Конференция полномочных представителей приняла во внимание приложенное к настоящему Протоколу Заявление Правительства Великобритании.

Совершено в г. Берлине 19 марта 2018 г. на английском, итальянском, немецком, русском и французском языках, причем все тексты имеют одинаковую силу, в единственном экземпляре, подлежащем депонированию в архивах Правительства Федеративной Республики Германия, которое передаст заверенную копию Правительствам, подписавшим настоящий Протокол, и Правительствам, которые становятся Договаривающимися Сторонами Конвенции.

За Правительство Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии



За Правительство Венгрии



За Правительство Федеративной Республики Германия

Frank-Knut Volkmann

За Правительство Греческой Республики

Stavros Niarchos

За Правительство Королевства Дания

Lars Løkke Rasmussen

За Правительство Итальянской Республики

Stefano Ricossa


За Правительство Республики Польша

Jacek Siedler

За Правительство Российской Федерации

[Signature] 25.10.2018

За Правительство Словацкой Республики

 27.04.2018

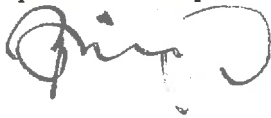
За Правительство Французской Республики



За Правительство Швейцарской Конфедерации



За Правительство Королевства Швеция



ЗАЯВЛЕНИЕ ПРАВИТЕЛЬСТВА СОЕДИНЕННОГО КОРОЛЕВСТВА
ВЕЛИКОБРИТАНИИ И СЕВЕРНОЙ ИРЛАНДИИ

КОНФЕРЕНЦИЯ

ПРИНИМАЕТ ВО ВНИМАНИЕ Заявление Правительства Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии, которое гласит следующее:

Соединенное Королевство Великобритании и Северной Ирландии готово внести вклад в качестве участвующего государства в создание и эксплуатацию Установки Европейского РЛСЭ. Однако, обязательства Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии по подписанию Протокола о присоединении к Конвенции о строительстве и эксплуатации Установки Европейского рентгеновского лазера на свободных электронах Правительства Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии будут следующими:

1. Настоящее Заявление заменяет собой все предшествующие Заявления Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии (далее «Великобритания»).
2. Вклад Великобритании в расходы на строительство РЛСЭ не должен превышать сумму, указанную в Протоколе к Конвенции, а вклад Великобритании в эксплуатационные расходы до своей первой оценки не должен превышать 3,3 млн. ЕВРО в год.
3. Великобритания будет участвовать в РЛСЭ в соответствии со статьей 15 Конвенции. Тем не менее, Великобритания проведет оценку своего активного участия и ежегодного вклада и будет иметь возможность

прекратить свое участие без санкций 31 марта 2020 года после соответствующего письменного уведомления за один год, если примет такое решение после оценки. Однако, в том случае, если научное сообщество Великобритании будет использовать Установку Европейского РЛСЭ в степени, существенно превышающей вклад (по сравнению с долей Великобритании в эксплуатационном бюджете) в течение трех лет перед прекращением участия Великобритании, то должно быть заключено соглашение о соразмерной компенсации.

4. Если Великобритания после первой оценки решит продолжать участвовать в проекте, то она примет полностью свою долю ответственности по снятию Установки с эксплуатации в соответствии с Конвенцией. Если Великобритания решит прекратить свое участие после первой оценки, то она примет на себя 50 процентов своей доли участия в затратах по снятию Установки с эксплуатации в соответствии с Конвенцией.
5. Для того чтобы соответствовать требованиям Закона Великобритании «О свободе информации» 2000 г., статью 24 «Конфиденциальность» Учредительного договора (приложение к Конвенции) следует толковать следующим образом: учредитель компании «European XFEL GmbH» от Великобритании не нарушает статью 24 при таких обстоятельствах, когда (i) он принуждается к раскрытию конфиденциальной информации по соответствующему запросу в соответствии с Законом «О свободе информации» 2000 г., (ii) после консультаций с компанией «European XFEL GmbH» никакие исключения из этого Закона не могут применяться в отношении запрошенной конфиденциальной информации и (iii) отказ на раскрытие запрошенной информации приведет к нарушению Закона «Об информации» 2000 г. органом власти Великобритании, выступающим учредителем компании от Великобритании.
6. В случае конфликта условий, предусмотренных различными документами об

участии Великобритании в РЛСЭ, действует следующий порядок приоритетности: 1. настоящее Заявление, 2. Протокол о присоединении к Конвенции о строительстве и эксплуатации Установки Европейского рентгеновского лазера на свободных электронах Правительства Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии, 3. Конвенция, 4. Учредительный договор компании «European XFEL GmbH».